

## Egon Becker, Thomas Jahn, Peter Wehling »Civil Society« und die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

*Zusammenfassung: Die ökologische Krise blieb bisher aus dem Diskurs der »civil society« weitgehend ausgeblendet. Um sie sinnvoll aufnehmen zu können, darf sie aber nicht auf "Umwelt" reduziert werden, sondern muß als Krise der »gesellschaftlichen Naturverhältnisse« gefaßt werden. Sollen diese gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisiert werden, darf sich die Zivilgesellschaft aber nicht auf einen Raum zwischen System und Lebenswelt beschränken, sondern muß in die systemischen Bereiche eindringen.*

Die Verwendung des Begriffs »civil society« - in der neueren deutschen Übersetzung als »Zivilgesellschaft« - ist in der politischen und politikwissenschaftlichen Diskussion in der Bundesrepublik mittlerweile fast inflationär geworden. Dennoch (oder gerade deshalb) ist es keineswegs einfach, sich klar zu machen, worauf dieses Konzept zielt: Auf die - antagonistische - industriekapitalistische Gesellschaft in der wir leben? Auf eine kontrafaktisch gesetzte normative Idee von Demokratie und demokratischer Entwicklung? Oder auf den Ort und die Konstitution eines neuen Kollektiv-Subjektes, das an die Stelle der sogenannten »neuen sozialen Bewegungen« treten könnte?

Der frühbürgerliche Begriff der civil society war von Hegel und Marx noch als »bürgerliche Gesellschaft« übersetzt worden; darunter hatten sie die Gesamtheit der dem Staat gegenüberstehenden gesellschaftlichen Lebensformen zusammengefaßt, also etwa die Sphäre der öffentlichen Meinungsbildung und der 'Sitten', aber auch die Sphäre des Marktes, des ökonomischen Austausches und der materiellen Interessenverfolgung. In der Folge wurde »bürgerliche Gesellschaft« im Hauptstrom der marxistischen Tradition zumeist als Synonym für kapitalistische Gesellschaft verwendet.

Demgegenüber gilt civil society, seit Ende der 70er Jahre meist verstanden als »Zivilgesellschaft«, als ein von Staat und Ökonomie getrennter Bereich, der jenseits der »funktional ausdifferenzierten Subsysteme« von Ökonomie, Politik und Wissenschaft liege. Ulrich Rödel, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel etwa beschreiben die Zivilgesellschaft im Anschluß an Hannah Arendt als eine öffentliche »Sphäre autonomen Handelns«, als »Bereich des zivilisierten, weil gewaltlosen Umgangs der Menschen miteinander« jenseits der ökonomischen Beziehungen einer Marktgesellschaft. Diese Sphäre sei der Ort des demokratischen »Projekts der Selbstregierung des Volkes«, falls die durch die Konstitution der Zivilgesellschaft eröffnete »historische Handlungsfähigkeit« genutzt werde (Rödel u.a. 1989). Auch in der Rezeption von Antonio Gramscis marxistischer

Konzeption der »societa civile« wird die Zivilgesellschaft - in Differenz zu Marx - als ein von Staat und Ökonomie unterschiedener Bereich begriffen, in dem allerdings die ökonomisch-politischen Klassenverhältnisse in kulturelle Hegemonien und hegemoniale Praktiken transformiert und damit stabilisiert werden (Kebir 1991).

Gemeinsam ist den verschiedenen theoretischen Verwendungsweisen, daß mit dem Begriff »Zivilgesellschaft« neue Unterscheidungen zwischen Staat bzw. politischen System, Ökonomie, gesellschaftlich-politischer Öffentlichkeit und Privatheit benannt werden, wobei das Adjektiv 'zivil' von zwei semantischen Konnotationen profitiert: von der Entgegensetzung zu 'militärisch' und der Nähe zu 'zivilisierend'. Während der Begriff der »bürgerlichen Gesellschaft« beim frühen Marx noch eine Kritik an der Trennungen von Staat, Gesellschaft und Ökonomie beinhaltete, ist für die »Zivilgesellschaft« gerade ihre dauerhafte Abgrenzung gegenüber dem Staat konstitutiv. Damit wird eine neue Differenz innerhalb der politischen Sphäre einer Gesellschaft im weitesten Sinne eingeführt. An diese gesellschaftstheoretische Unterscheidung und an die Bedeutung der damit bezeichneten (nicht-staatlichen) Bereiche des Politischen und der Öffentlichkeit werden wir im folgenden anknüpfen; problematisch erscheinen uns jedoch - gerade im Blick auf das Verhältnis von ökologischer Krise und civil society - zahlreiche politischen Implikationen, die in der gegenwärtigen Debatte um die Zivilgesellschaft mitlaufen und die auf Ambivalenzen innerhalb des Konzepts zurückverweisen.

### **Die Karriere der »civil society«**

Die Aktualität des Begriffes »civil society« läßt sich am besten dort verdeutlichen, wo es sie nicht gibt (oder gab): an den ehemals 'realsozialistischen' osteuropäischen Ländern; an Gesellschaften also, in denen ein 'totaler Staat' als Repräsentations- und Verwaltungsmaschine auch noch die Sphäre der politischen Öffentlichkeit inszenierte und usurpierte und lediglich eine entpolitisierte Privatsphäre übrig liePt. Daß dort eine »Zivilgesellschaft« als Milieu des Politischen in der Gesellschaft, sei es im Sinne einer 'autonomen Sphäre der kommunikativen Verständigung über Politik', sei es als 'antagonistischer Kampf um kulturelle Hegemonie' nicht existierte, liegt auf der Hand. Nicht von ungefähr nahm die Karriere der »civil society« in den westlichen Ländern Anfang der 80er Jahre ihren Ausgang von den Veränderungen in Osteuropa, vor allem in Polen, der CSFR und Ungarn (Arato 1982). Gegenüber einer abschätzigen Relativierung solcher Sphären des Politischen im Verhältnis zur angeblich alles determinierenden Ökonomie, wie sie in bestimmten marxistischen Traditionen gängig war und ist, kann tatsächlich kein Zweifel daran bestehen, daß diese 'zivilgesellschaftlichen' Handlungsfelder erkämpft werden müssen, wo sie nicht existieren, und verteidigt werden müssen, wo sie bedroht sind.

Die Aktualisierung des Konzepts der civil society verläuft gegenwärtig in zwei

Debattensträngen, die sich mit einander verschränken, ohne ganz ineinander aufzugehen: Zum einen findet eine demokratietheoretisch-politikwissenschaftliche Debatte um den Status der Zivilgesellschaft statt, die stark von den 'Antipoden' Hannah Arendt und Antonio Gramsci geprägt ist - von der Frage nach der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit und der Legitimität von Herrschaft auf der einen, der Frage nach der kulturellen Hegemonie und der Kritik an Herrschaft auf der anderen Seite. Wir wollen diese Diskussion hier aber nicht ausdrücklich weiterverfolgen, sondern uns auf das zweite Feld der Aktualisierung der »Zivilgesellschaft« konzentrieren: In den letzten Jahren ist der Begriff in der Bundesrepublik zu einem zentralen Moment der linken Selbstverständigungsdebatte - oder wie manche meinen: Selbstauflösungsdebatte - geworden. Diese Debatte läßt sich allgemein dadurch charakterisieren, daß sie sich immer an Versuchen entwickelt hat, eine auch empirisch gehaltvolle Analyse des gesellschaftlichen Ist-Zustandes mit Vorstellungen einer anderen Gesellschaft im Blick auf die Freisetzung historisch möglicher politischer Handlungsfähigkeit zu verknüpfen; oder anders gesagt: unter Handlungsaspekten die Dechiffrierung von Herrschaft mit einer Reflexion über Befreiung zu verbinden.

In Analogie zu ähnlichen Begriffskarrieren wie »Moderne«, »Identität« oder »Kulturgesellschaft« kann in der Perspektive dieser Selbstverständigungsdebatte das Konzept »Zivilgesellschaft« einmal als ein Versuch verstanden werden, sich auf spezifische - selbstkritische - Weise innerhalb einer Gesellschaft darüber zu verständigen, was in dieser Gesellschaft »geschieht«; d.h. unter historisch neuartigen Rahmenbedingungen die Frage nach gesellschaftsveränderndem politischem Handeln überhaupt erst wieder zu öffnen. In diesem Sinne leistet das Konzept der »Zivilgesellschaft« nicht weniger und nicht mehr, als die sich herausbildenden und teilweise erweiternden Sphären autonomer politisch-öffentlicher Artikulation der Gesellschaft zu bezeichnen und ihre zentrale Bedeutung hervorzuheben. In dieser Sichtweise wäre unter civil society allerdings immer etwas Gefährdetes zu verstehen; etwas, was sich stets aufs Neue gegen hegemoniale Einschränkungen des gesellschaftlichen Handlungsvermögens bilden und behaupten muß - und keineswegs geschichtsphilosophisch verbürgt ist.

Oder aber es wird der Versuch unternommen, vor dem Hintergrund neuartiger globaler Gefährdungen und in einer sich intern zunehmend dissoziierenden Gesellschaft das politische Terrain grundsätzlich neu aufzuteilen: Dies soll es ermöglichen, trotz der globalen Gefährdungen (und gegen sie) einen traditionswürdigen und tradierungsfähigen 'Ort' politischer Selbstverständigung in der »zivilen« gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu identifizieren und quasi geschichtsphilosophisch zu sichern. In diesem Kontext fungiert »Zivilgesellschaft« weniger als ein analytischer Begriff denn als eine politische Hintergrund-Metapher für je konkrete, einzelne politische Tagesdebatten (vom Golfkrieg über die Hauptstadt-Debatte bis zum Rechtsextremismus) - und darin zugleich als Ersatz für den Verlust der großen historischen Sinnentwürfe und Utopien, in welche Legitimationsfragen ebenso wie die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität bis-

lang eingebettet waren.

In beiden Fällen aber richtet sich das Konzept Zivilgesellschaft zu Recht gegen eine theoretische Tradition innerhalb der Linken, in welcher Demokratietheorie und Demokratiekritik immer nur als Teil der Kapitalismusanalyse zulässig waren. Daß diese Engführung historisch spätestens durch die Entwicklungen in Osteuropa und der 'Dritten Welt' obsolet geworden ist, macht die Einführung der »civil society« in die linke Debatte zweifellos zu einer starken Intervention. Doch zugleich drängt die Beschäftigung mit der »demokratischen Frage« eine frühere Intervention in die linke Diskussion, die um die sogenannte »Naturfrage« kreiste, deutlich in den Hintergrund - was natürlich mit dem Zusammenbruch der poststalinistischen Regime und der Brisanz der darüber aufgebrochenen politischen, ökonomischen und kulturellen Fragestellungen und Konflikte zu tun hat. Kaum bestreiten läßt sich aber, daß die als »ökologische Krise« zusammengefaßten globalen Gefährdungen der natürlichen Lebensgrundlagen durch das Scheitern des »real existierenden Sozialismus« einer Lösung nicht näher gekommen sind. Gerade angesichts der aktuellen weltpolitischen Veränderungen - Ende des Ost-West Gegensatzes, Konflikte und Kriege um Territorialgrenzen, neue Formen einer 'Weltinnenpolitik', zunehmende Verelendung weiter Teile der 'Dritten Welt' - muß daher auch die ökologische Debatte neu geführt werden.

Damit läßt sich das Thema »civil society und ökologische Krise« zunächst durch die folgenden Fragen präzisieren: Ist der Diskurs um die Zivilgesellschaft ein Diskurs der Verdrängung des aktuellen ökologischen Krisenzusammenhanges oder ermöglicht er neue und weiterführende Thematisierungen? Ist es ein Zufall der je spezifischen Ausformulierungen des Konzeptes, daß darin die »ökologische Frage« fast nicht auftaucht, oder ist das Konzept so weit in eine rein innergesellschaftliche Thematik verstrickt, daß sie dieses Thema ausblenden muß? Und schließlich: welche Konsequenzen hätte eine Konzentration auf die ökologische Krise für den Diskurs der civil society?

## **Die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse**

Bei genauerem Hinsehen verdünnt sich das angeblich ökologisch so aufgeklärte Bewußtsein der bundesdeutschen Gesellschaft. Noch immer herrscht die Vorstellung vor, die sog. Umweltzerstörungen seien vor allem ein quantitatives Problem: weniger Kohlendioxid-Ausstoß, weniger Verkehr, weniger Schadstoffeinträge, kleinere Müllberge, qualitatives statt quantitativen Wirtschaftswachstums - zusammengefaßt in der Zauberformel von der »ökologischen Modernisierung« von Produktion, Handel und Konsum und abgestützt durch eine 'ökologische' Ethik und Alltagsmoral.

Die konkreten sozialen und ökonomischen Folgen, die solche Minimierungs- und Modernisierungskonzepte für die betroffenen gesellschaftlichen Gruppen haben, bleiben aus der etablierten Krisenanalyse ausgespart und werden zu Anpassungsproblemen an eine rein technisch verstandene Modernisierung herunterde-

finiert. Und erst recht bleiben die ökologischen Folgen ökologischer Modernisierung im Dunkeln.

In einer genaueren Analyse der 'Real-Phänomene' des ökologischen Krisenzusammenhangs wird aber unabweisbar, daß in der ökologischen Krise nicht nur 'die Umwelt' oder 'die Natur' durch übermäßigen Schadstoff-Eintrag und Ressourcen-Verbrauch gestört ist. Solche gängigen naturalistischen oder technokratischen Verkürzungen in der Rede von der »ökologischen Krise« oder der »Umweltkrise« können aufgebrochen werden, wenn diese als eine Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse analysiert wird (Jahn 1991). Dieser Zugang läßt sich in vier Thesen kurz erläutern:

1. Krisenhaft gestört sind nicht *die* Natur oder die Umwelt, sondern die *gesellschaftlichen* Formen, in denen die kulturellen Symbolisierungen unseres Verhältnisses zur Natur in je verschiedenen Bereichen mit der materiellen und sozialen Reproduktion dieses Verhältnisses verknüpft werden - von Arbeit und Produktion über Fortbewegung und Ernährung bis hin zu Sexualität und Fortpflanzung. Diese historisch veränderlichen Formen bezeichnen wir als gesellschaftliche Naturverhältnisse.

2. Die ökonomischen, wissenschaftlichen, und politischen Mittel, mit denen die Gesellschaft die Krise zu bearbeiten versucht, sind vor diesem Hintergrund selbst Teil der ökologischen Krisendynamik und können zu einer Verschärfung der Krise führen.

3. Die Frage nach der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit ist somit im Hinblick auf die Regulierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu erweitern; sie kann nicht länger auf rein innergesellschaftliche, symbolische Formen und Kommunikationsprozesse beschränkt werden.

4. Auch die klassischen 'sozialen' Fragen - von globaler kapitalistischer Arbeitsteilung über sexistische und ethnische Ausbeutung bis hin zu sozialer und militärischer Herrschaft - werden in den global-ökologischen Krisenzusammenhang hineingerissen und können daher als Teil der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse begriffen und analysiert werden.

Die gegenwärtigen globalen ökologischen Gefährdungen sind auf diese Weise Ausdruck einer neuartigen, selbstdestruktiven Krisendynamik industrieller Gesellschaften, die sich unter folgenden Aspekten kennzeichnen läßt:

- Sie greift die ökologischen *und* sozialen Grundlagen, und damit die naturalen *und* symbolischen Voraussetzungen von Gesellschaft an;
- sie stellt mit der kapitalistischen Wachstumsdynamik auch das daran gebundene sozialstaatliche Verteilungsmodell zur Regulierung antagonistischer Interessen in Frage; und
- sie stellt in ihren Wirkungszusammenhängen die nationalstaatlichen Begrenzungen und zeitlichen Horizonte politischer Entscheidungen in Frage.

Wie oben angedeutet verstehen wir unter gesellschaftlichen Naturverhältnissen zunächst ganz allgemein die unterschiedlichen Formen, in denen Gesellschaften in je verschiedenen Bereichen ihr Verhältnis zur Natur kulturell symbolisieren

und zugleich sozial und materiell regulieren. Dabei unterscheiden wir *basale Naturverhältnisse*, ohne deren dauerhafte soziale Regulierung das bloße Überleben menschlicher Gesellschaften gefährdet ist, von den je spezifischen (ökonomischen, politischen, wissenschaftlich-technischen, ästhetischen, sexuellen) *Formen* der Symbolisierung und Regulierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Zu den basalen Naturverhältnissen gehören etwa Arbeit, Ernährung, Sicherung der Gesundheit, Fortpflanzung, Fortbewegung, Regelung des Verhältnisses zwischen den Generationen und Geschlechtern.

Wir ziehen den Begriff »gesellschaftliche Naturverhältnisse« aus mehreren Gründen ähnlichen Formulierungen wie etwa »Naturbeziehung« vor. Bei 'Gesellschaft' und 'Natur' handelt es sich nicht um getrennte Bereiche, zwischen denen eine äußerliche Beziehung besteht, sondern um einen Vermittlungszusammenhang: 'Natur' existiert für 'Gesellschaft' nicht außerhalb gesellschaftlich hergestellter Naturverhältnisse; ebensowenig ist es möglich, 'Gesellschaft' unabhängig von ihren Naturverhältnissen zureichend zu begreifen. Beide existieren nur zusammen, miteinander verbunden, verflochten und vermischt. Mit 'Verhältnis' ist sowohl eine Konstellation von *Beziehungen*, als auch ein Zusammenhang von *Vermittlungen*, als auch ein aktives *Verhalten* angesprochen: Eine *Beziehung* läßt sich nur fassen, wenn zwischen 'Gesellschaft' und 'Natur' unterschieden wird, also eine Differenz bestimmt werden kann; eine *Vermittlung* kann nur gedacht werden, wenn »Gesellschaft« und »Natur« nicht als strikt getrennte Bereiche gefaßt sind; ein aktives Verhalten setzt voraus, daß die Naturverhältnisse unter einem Handlungsaspekt thematisiert werden. Da es um gesellschaftliche *Naturverhältnisse* geht, müssen deren materiell-stoffliche Aspekte betrachtet werden; bei *gesellschaftlichen* Naturverhältnissen müssen immer auch die kulturellen Symbolisierungen dieser materiell-stoffliche Aspekte zum Thema gemacht werden - aber auch die jeweiligen Symbolisierungen der Differenz von Natur und Gesellschaft.

Wie die gesellschaftlichen Naturverhältnisse jeweils reguliert werden, ist historisch und politisch formbestimmt. In den gegenwärtigen, sogenannten modernen Gesellschaften bilden sich in den ausdifferenzierten »Subsystemen« Wissenschaft/Technik, Politik und Ökonomie hegemoniale Regulierungsmodelle heraus. In einem »selbstreferentiell« weitgehend geschlossenen Kernbereich gesellschaftlicher Entwicklung und in dem von den kulturell-symbolischen Debatten in der civil society abgeschotteten Interaktions- und Austauschzusammenhang werden die für die Entwicklung der Gesellschaft wie für die konkreten Lebensbedingungen der heute Lebenden und der zukünftigen Generationen prägenden Entscheidungen getroffen und damit die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit technokratisch festgelegt und eingeengt (vgl. ausführlicher Becker 1990).

Vor diesem Hintergrund stellt sich für jede Demokratietheorie die Frage, wie die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisch reguliert und wie Alternativen zu den hegemonialen Modellen entwickelt werden können. Damit ist auch gesagt, daß es nicht ausreichen kann, in einer abgegrenzten Sphäre der 'zivilen'

Öffentlichkeit über die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse nur zu reden: vielmehr müssen praktische Alternativen entwickelt werden, um die faktische Verengung des gesellschaftlichen Handlungsvermögens durch einen sich in den genannten Subsystemen durchsetzenden »Techno-Logos« aufbrechen zu können, d.h. durch ein unpersönliches Pseudo-Subjekt, das die im Diskurs der Zivilgesellschaft fälschlicherweise als »leer« bezeichnete Stelle der Macht (Rödel u.a. 1989:89) zunehmend usurpiert - durchaus auch unabhängig von den demokratisch gewählten und legitimierten Repräsentanten der Macht.

Die Frage nach der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit - und darum geht es ja in der Debatte um die civil society - kann sich in der Perspektive der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht auf die Ausbildung differenzierter Redepraktiken und die Sicherung »kommunikativer Freiheitsrechte« beschränken; sie muß ausgedehnt werden auf die Frage nach möglichen präventiven Interventionen in die hegemonialen technischen, ökonomischen, wissenschaftlichen und politischen Praktiken im Umgang mit Natur. Um ein triviales Beispiel zu erwähnen: Atommüll, einmal vorhanden, läßt sich nicht mehr wegdiskutieren.

Eine Demokratietheorie auf der Höhe der Zeit muß angeben können, welche Verfahren, Institutionen und Sphären entwickelt werden müssen, um die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisch und nicht-destruktiv regulieren zu können. Dabei geht es nicht um irgendwelche naturalistischen Modelle einer »ökologischen Demokratie«. Dennoch hat die in den letzten Jahren um dieses Konzept geführte Debatte in den letzten Jahren auf einige zentrale Probleme verwiesen (Demirovic 1987): Weder 'die Natur' noch die zukünftigen Generationen haben Sitz und Stimme im demokratischen Verfahren (oder dem Diskurs der civil society). Und auch eine »starke« und institutionalisierte civil society bezieht sich nur auf die Regulation einer nationalstaatlich begrenzten (d.h. auch: regional nicht differenzierten) Sphäre des Politischen, und darin vor allem auf die symbolischen und legitimatorischen Aspekte. Die ökologische Krise ist aber gerade dadurch charakterisiert, daß sie die nationalstaatliche Beschränkung nach beiden Seiten - Globalisierung und Regionalisierung - sprengt und sich zugleich in einem Diskurs über die Legitimität von Herrschaft nur schwerlich thematisieren läßt.

### **Zivilgesellschaft - geschlossener Raum oder Strategie gesellschaftlicher Veränderung?**

An diesen Punkten, die eine Akzentverschiebung und Erweiterung des traditionellen Begriffs der Politik implizieren, muß sich auch die demokratietheoretische Debatte um die Zivilgesellschaft beurteilen lassen - gerade dann wenn dieses Konzept als ein zentrales Element linker Theoriebildung und historisch-politischer Selbstverständigung fungieren soll. Fast trivial ist zunächst die Feststellung, daß die faktische Existenz einer civil society selbstverständlich von grundlegender Bedeutung auch für die Bearbeitung der Krise der gesellschaftli-

chen Naturverhältnisse ist, da sie eine freie und möglichst breite Verständigung über diese Krise zumindest möglich macht.

Zugleich aber bleibt der Diskurs über die Ausdifferenzierung einer rein innergesellschaftlichen Sphäre - die Trennung von »politischem System« und »Zivilgesellschaft« - gegenüber der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse indifferent: Die civil society bezieht sich - unter Herrschafts- oder Legitimitätsaspekten - auf die Regulierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, nicht auf die Regulierung der Verhältnisse der Gesellschaft zur Natur. Die Frage, ob und wie eine demokratische und nicht-destruktive Regulierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse möglich ist, ist daher durch die bloße Existenz einer zivilgesellschaftlichen Sphäre des Politischen noch nicht beantwortet; sie muß differenzierter gestellt werden und verweist zurück auf das »Selbstverständnis« der Zivilgesellschaft: Wesentlich ist, ob die Zivilgesellschaft als ein selbstgenügsamer kommunikativer 'Raum' des Politischen in der Gesellschaft verstanden wird, oder als eine Strategie, Bereiche scheinbarer gesellschaftlicher Unverfügbarkeit in die politische Diskussion um gesellschaftliche Handlungsfähigkeit hineinzuziehen. Entscheidend für diese letztere Perspektive wird sein, ob und wie weit »die Zivilgesellschaft« (bzw. ihre Akteure) sich reflexiv der Grenzen und Beschränkungen bewußt wird, denen sie unterliegt. Diese Begrenzungen sollen im folgenden an der Konzeption von Rödel, Frankenberg und Dubiel verdeutlicht werden.

In diesem Konzept ist die Zivilgesellschaft als ein wesentlich symbolisch strukturierter öffentlicher Raum der Legitimierung politischer Macht durch die freie Kommunikation der Bürger verstanden. »Die Offenheit der öffentlichen Sphäre und der durch nichts als die vorgetragenen Meinungen und Interessen gesteuerte öffentliche Diskurs sind in einer Demokratie konstitutiv für die Vorstellung legitimer politischer Macht.« (Rödel u.a. 1989:105)

Doch der dadurch eröffnete Raum der Zivilgesellschaft ist keineswegs 'ontologisch' gegeben; seine 'Grenzen' sind vielmehr selbst das Ergebnis der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung: »Im fortwährenden Widerstreit der Meinungen und Rechtsansprüche verschieben und verflüssigen sich beständig die Grenzen der öffentlichen Sphäre. Welche Themen und Forderungen zum Gegenstand des öffentlichen Disputs werden, ist folglich nicht abzusehen.« (Rödel u.a. 1989:106)

Somit liegt der Versuch, widerstreitende Themen, Redepraktiken und Handlungsformen aus der öffentlichen Sphäre des Politischen abzudrängen, durchaus in der Logik und Funktionsweise der zivilgesellschaftlichen Debatte (Demirovic 1991). Dies hat Konsequenzen sowohl für die interne Konstitution der civil society als auch für ihre Öffnung zur demokratischen Regulierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse:

Zum einen ist das »Subjekt« der Zivilgesellschaft nicht einfach »das Volk« schlechthin, sondern es sind jene Akteure, die ihre jeweiligen Meinungen, Rechtsansprüche und Interessen am nachhaltigsten in der öffentlichen Debatte



verankern können - und dabei andere Positionen thematisch ausgrenzen. Bei Rödel, Frankenberg und Dubiel selbst kommt diese Verschiebung etwa darin zum Ausdruck, daß sie die Protagonisten der civil society auf die »Aktivbürger« und ihre Assoziationen einschränken. Der darin eingebaute Zwang zur permanenten »Aktivität« und Themenkonkurrenz, durch den historisch bestimmte Muster politisch-kulturellen Verhaltens generalisiert und andere abgewertet werden, wird von den Autoren dann einerseits mit der These von der »zivilisatorischen Wirkung« des Konflikts normativistisch überspielt, andererseits nur sozialpolitisch reflektiert: »Die wechselseitige Verpflichtung aller Mitglieder der Zivilgesellschaft, eine öffentliche Sphäre zu schaffen, in der alle ihre Meinung äußern und Forderungen stellen können, schließt deshalb die Verpflichtung ein, allen die Teilnahme an den Diskussionen und Konflikten im öffentlichen Raum auch tatsächlich zu ermöglichen.« (Rödel u.a. 1989:183) Demgegenüber bleiben die diskursiven Mechanismen, nach denen nicht nur Themen und Interessen sondern auch Verhaltensmuster, Redepraktiken und Handlungsformen in der civil society selektiert werden, weitgehend unthematisiert.

Dieser Einwand verschränkt sich mit einem zweiten: Die Existenz einer (gemeinsamen) *Sprache des Politischen*, in welcher in der Sphäre der Zivilgesellschaft Interessen und Forderungen unter dem Aspekt historischer Handlungsfähigkeit thematisiert werden können, wird von Rödel u.a. stillschweigend vorausgesetzt. Diese Position, die die kommunikative Zugänglichkeit des Politischen fraglos unterstellt, neigt dazu zu übersehen, daß die Sprache des Politischen in den technologisch hochentwickelten Gesellschaften in komplementärer Weise von zwei Seiten bedroht ist: zum einen von der permanenten Transformation historisch-politischer Entscheidungen in technische Sachzwänge, die als alternativlos dargestellt werden und daher sinnvoller Kommunikation entzogen scheinen, zum anderen von der Entgrenzung politischer Interessen und Gestaltungswünsche in kulturelle Ansprüche und Ausdrucksformen. Beide Tendenzen schränken die »Sphäre des Politischen« als eine auf die demokratische Entfaltung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit zielende Sphäre drastisch ein.

Bezogen auf die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse besitzen im öffentlichen Raum der zivilgesellschaftlichen Debatte diejenigen Akteure strukturelle Vorteile, denen es gelingt, das eigene Interesse als allgemeines und alternativloses Interesse an 'rationaler' Naturbeherrschung darzustellen und damit als technisch-ökonomischen Sachzwang aus der öffentlichen Debatte abzudrängen sowie negative Folgen in einen allgemeinen ethischkulturellen Verantwortungsdiskurs abzuschieben. Verfestigen sich solche Deutungsmuster unter dem Druck der realen gesellschaftlichen Entwicklung zur kollektiv wirksamen Vorstellung einer überhistorischen 'technischen Rationalität' und evolutionär irreversiblen funktionalen Ausdifferenzierung des Gesellschaftssystems, so werden durch derartige Selbstmythologisierungen der »Moderne« weite Bereiche der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung faktisch entzogen. Die Stelle der Macht kann den Akteuren der civil society nur

dann als »leer« erscheinen, wenn sie von einem im Kern vorbürgerlichen Begriff eines personalen Souveräns oder zumindest Repräsentanten der Macht ausgehen. Das Konzept der civil society bezieht in der aktuellen Debatte seine Faszination aus den Grenzziehungen gegenüber Staat, Ökonomie und technologischen Systemen, aus Abgrenzungen zwischen kommunikativem und sprachlos-'unzivilisiertem' Handeln, zwischen privat und öffentlich, zwischen symbolischer Politik und materieller Interessenverfolgung. Es wird prekär und paradox, wenn diese Grenzziehungen im Begriff der Zivilgesellschaft in normativer Weise absolut gesetzt werden, während sie gesellschaftlich zerfallen, verschwimmen, neu gezogen werden. Wird die Zivilgesellschaft als ein exklusiver und abgegrenzter »Raum« innerhalb der Gesellschaft konzipiert, so verdoppelt die Theorie genau die Beschränkungen, die der Sphäre des Politischen durch die gesellschaftliche Entwicklung immer wieder aufgezwungen werden. Dann kann der zivilgesellschaftliche Diskurs die durch die ökologische Krise ausgelösten Veränderungen und Erweiterungen des Politischen kaum mehr in sich aufnehmen.

Ein Ausweg aus der Krise des Politischen in den gegenwärtigen hochtechnisierten Gesellschaften kann nicht in der Sicherung *einer* privilegierten Sphäre des Politischen liegen. Es muß umgekehrt das Ziel sein, in allen gesellschaftlichen Bereichen »zivilgesellschaftliche« Sphären zu entwickeln, gerade und vor allem in den »Subsystemen« in denen die gesellschaftlichen Naturverhältnisse hegemonial (und destruktiv) reguliert werden. Das würde zunächst bedeuten, in diesen bislang technologisch abgeriegelten Bereichen - etwa durch die institutionelle Absicherung interner Diskussions- und Reflexionsprozesse - überhaupt erst die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Alternativen sichtbar und damit gesellschaftlicher Kommunikation und demokratischer Entscheidung zugänglich gemacht werden. Aus solchen »Zivilgesellschaften« in den einzelnen ökonomischen, technischen, wissenschaftlichen, politischen Subsysteme könnten sich erst die Umriss einer »zivilen« Gesellschaft herausbilden. Die civil society würde somit nur dann ihrem Anspruch gerecht, wenn sie sich nicht selbst auf eine eigene Zwischensphäre zwischen »Lebenswelt« und »System« (im Sinne von Habermas) eingrenzt und sich in dieser Eingrenzung symbolisch behauptet, sondern wenn sie ihre konstitutiven Elemente in die systemischen Bereiche der Gesellschaft hineinverlagert.

Beobachtet man jedoch die gegenwärtig in der Bundesrepublik stattfindende Auseinandersetzung um die Zivilgesellschaft, so gewinnt man den Eindruck, daß ein solcher Anspruch nicht ernsthaft in den Blick genommen wird. Stattdessen wird jene kulturalistische Selbstbeschränkung nachvollzogen, die von der technologischen Entwicklung ohnehin vorgegeben ist. Das bedeutet, auf die Stärkung der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit zu verzichten, die doch Thema der Zivilgesellschaftsdebatte sein sollte: Das politische Handlungsvermögen in den westlichen Gesellschaften wird durch die Selbstbeschränkung auf Formen der kulturellen Thematisierung und 'Unterfütterung' von Politik - die »Kulturalisierung« von Politik - gerade nicht freigesetzt, sondern geschwächt und auf einen

Streit intellektueller 'Eliten' über die Legitimität von Herrschaft reduziert. Wenn der Diskurs der Zivilgesellschaft die materiellen, wissenschaftlich-technischen, ökonomischen oder politischen Regulierungen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht aufnimmt und auf ihre praktisch-folgenreiche Veränderung zielt, verstärkt er, was die offizielle Umweltpolitik spätestens seit Tschernobyl charakterisiert: die Aufspaltung in symbolische Politik einerseits und technische Krisenlösungen innerhalb der hegemonial regulierten gesellschaftlichen Naturverhältnisse andererseits. Zu seinem eigentlichen Thema, der geschichtlichen Handlungsfähigkeit der Gesellschaft, hat dieser Diskurs dann nur wenig beizutragen. Er muß gegenüber der Technisierung und technokratischen Aushöhlung gesellschaftlichen Handlungsvermögens sprachlos bleiben.

## Literatur

- Arato, A. (1982): »Civil Society« gegen den Staat. Der Fall Polen 1980/81, in: R. Fenchel, A.-J. Pietsch (Hg.), *Polen 1980-82. Gesellschaft gegen den Staat*, Hannover
- Becker, E. (1990): Transformationskern und kulturelle Hülle. Wissenschaft und Universität in der ökologischen Krise, in: *Prokla 79*
- Demirovic, A. (1987): *Demokratie, Ökologie, ökologische Demokratie* (Sozial-ökologische Arbeitspapiere 27), Frankfurt/M
- Demirovic, A. (1991): Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Demokratie, in: *Das Argument* Nr. 185
- Jahn, T. (1991): Das Problemverständnis sozial-ökologischer Forschung. Umriss einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse, in: E. Becker (Hg.), *Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung*, Frankfurt/M
- Kebir, S. (1991): *Antonio Gramscis Zivilgesellschaft*, Hamburg
- Rödel, U.; Frankenberg, G.; Dubiel, H. (1989): *Die demokratische Frage*, Frankfurt/M